



LÉGATION DE SUISSE
EN INDONÉSIE

19

DJAKARTA, den 17. Mai 1955

Djalan Diponegoro No. 5
Téléphone: Gambir No. 4358
Heures de réception 10-12 h

Notre
Référence: Votre

Politische Mitteilung

Prière de rappeler notre référence dans la réponse

M. Fallmann
24.11

an	Datum	Visa
GL	24.5.	Na
/a	2.5	Na

On est prié de joindre à toute demande l'affranchissement pour la réponse et de ne traiter qu'un objet par lettre

Herr Minister,

17.21.51 Jakarta
18.72.18.8
Wfin. p. B. 13.2 Rudowette

Ueber meine zwei kürzlichen Unterredungen mit Herrn Aussenminister Sunario beehre ich mich wie folgt zu berichten:

Asiatisch-Afrikanische Konferenz

Aussenminister Sunario erklärte mir, er sei vom Verlauf der Konferenz ausserordentlich befriedigt. Die indonesische Regierung wünsche wärmstens eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern West-Europas, vorausgesetzt, dass dies ihre unabhängige Aussenpolitik, die keinen der zwei Blöcke begünstigen wolle, nicht beeinflusse. Die Konferenz von Bandung habe deutlich gezeigt, dass die meisten asiatischen Länder auf technische und finanzielle Kooperation mit dem Westen zählen. Indonesien verlange aber Respekt für seine Souveränität und Verständnis für seine Schwierigkeiten. Von diesem Gedanken ausgehend, kam Herr Sunario auf das Verhältnis zu Holland zu sprechen.

Die indonesisch-holländischen Beziehungen

Mit kaum unterdrücktem Missmut schilderte mir Herr Sunario die ständige Verschlechterung der Beziehungen zu Holland. Die Holländer in Indonesien seien unfähig, sich den neuen Verhältnissen anzupassen; andererseits versäume die holländische Regierung keine Gelegenheit, um Indonesien in Misskredit zu bringen. Jedes Mittel zur Verleumdung und zur Verdächtigung Indonesiens sei ihr gerade gut genug. Sie versuche, die wirtschaftlich und finanziell privilegierten Stellungen der holländischen Unternehmungen in Indonesien zu halten und glaube, dies am besten durch Unterstützung der Opposition erreichen zu können und dadurch, dass sie

An die
Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidgenössischen Politischen Departements
B e r n



eine imaginäre Kommunistengefahr konstruiere. Dabei hätten die holländischen Kapitalanlagen in Indonesien in den letzten drei Jahren grössere Profite erzielt als Ausland-Investitionen in irgendeinem andern Land der Erde. Holland tue auch heute noch alles, was in seiner Macht stehe, um das Ausland von Indonesien fernzuhalten. Die indonesische Regierung sei aber bestrebt, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Holland auf ein normales zwischenstaatliches Verhältnis auf der Grundlage der Gleichberechtigung zurückzuschrauben. Holland dürfe unter keinen Umständen eine bessere Stellung als diejenige irgendeines andern Landes eingeräumt werden. Er, Sunario, habe sich anlässlich der Verhandlungen im Haag, im Juli-August des letzten Jahres, energisch geweigert, die von der holländischen Delegation verlangte Meistbegünstigung zuzugestehen. Das Protokoll über die Auflösung der Union werde, so glaubt Herr Sunario, bestimmt vom indonesischen Parlament ratifiziert werden, obwohl allerlei Manöver im Gange seien, um die Debatten in die Länge zu ziehen.

Herr Sunario gab seiner tiefen Besorgnis über die holländische "Verständnislosigkeit" Ausdruck. In einem langen Monolog erklärte er mir, wie Holland von jeher versucht habe, eine nationalistische Verschmelzung der verschiedenen Völker des Archipels zu verhindern, wie es die kaum von der heutigen Süd-afrikanischen Union überbotene Rassendiskrimination geübt, wie es Schulung, Training und Nachwuchs der Indonesier in öffentlichen Verwaltungsangelegenheiten vorsätzlich behindert habe (es seien jährlich nicht mehr als 200 Einheimische zur höhern Mittelschulbildung zugelassen worden) und wie es heute noch den Föderalismus mit allen Mitteln schüre, in der Hoffnung, Unruhe-Herde zu erhalten, die den Staatsaufbau hemmen. Die Indonesier seien als das "sanfteste

Volk der Erde" bezeichnet worden. Nun sei aber die Erbitterung gegen die Holländer so weit verbreitet, dass kaum mehr mit dieser Sanftmut gerechnet werden könne.

Diese langen und zum Teil sehr hitzig zum Ausdruck gebrachten Darlegungen habe ich kommentarlos über mich ergehen lassen und es peinlich vermieden, irgendwie dazu Stellung zu nehmen. Immerhin habe ich Herrn Sunario am Schlusse seiner Ausführungen versichert, die Schweiz habe mit Rassendiskriminierung und Kolonialismus nichts zu tun, die indonesische Regierung brauche von uns nicht Respekt und Verständnis zu fordern, sie habe beides schon in vollem Masse, und wir wünschten unsererseits, angesichts der erfreulichen Ergebnisse der Bandung-Konferenz, unsere Beziehungen zu Indonesien kulturell und wirtschaftlich so eng als möglich auszubauen.

Allgemeine Wahlen

Herr Sunario erklärte mir, es sei ihm bewusst, dass die schweizerische Regierung gegenüber Indonesien vom besten Willen beseelt sei, und er schätze diese Haltung sehr. Der Ausbau unserer Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet werde bestimmt gefördert werden können, wenn erst einmal die Stellung Hollands im indonesischen Wirtschaftsgeschehen auf das gebührende Mass zurückgeführt worden sei. Damit sei nach Ratifizierung des Protokolls vom 10. August zu rechnen, denn Indonesien werde sehr bald die Verhandlungen zur Abänderung und Anpassung der "Finec"-Abkommen (Financial and Economic Agreements der Round-Table-Konferenz vom Jahre 1949) wieder aufnehmen.

Wichtig sei nun vor allem, dass die auf September d.J. festgesetzten Parlamentswahlen und die auf Dezember in Aussicht genommenen Wahlen zur Konstituante durchgeführt werden. Auf meine Frage, ob nun wirklich mit keiner weiteren Verschiebung zu rechnen sei, antwortete

Herr Sunario in bestimmtestem Tone: "Nein, die Wahlen werden nunmehr abgehalten, dies ist ganz sicher." Ich möchte hiezu bemerken, dass einige meiner westeuropäischen Kollegen sich darüber mit weniger Gewissheit äussern. Sie erklären, für die Wahlen sei immer wieder ein letztes endgültiges Datum festgesetzt worden, das dann immer wieder verschoben werden musste. Ich erinnere in diesem Zusammenhang andererseits an die in meinem Pol.Ber. No. 7 vom 5. Mai wiedergegebene Auffassung des amerikanischen Botschafters, der mit der Abhaltung bestimmt rechnet.

Hinsichtlich des mutmasslichen Ausgangs der Wahlen stellte Herr Sunario von sich aus des längern Prognosen. Er sei davon überzeugt, dass die Kommunisten vom Wahlkampf wenig zu erwarten haben. Das Verhältnis der P.N.I. zur Masjumi sei so schlecht und so gespannt, dass eine Versöhnung heute undenkbar wäre. Immerhin glaubt Herr Sunario, die Masjumi werde als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen, aber niemals die Mehrheit im Parlament erlangen können. Die P.N.I. habe aber in letzter Zeit grosse Erfolge gehabt, und eingehende Untersuchungen hätten gezeigt, dass sie in den entlegensten Gegenden grosse Anhängerschaft habe.

Herr Sunario kam zum Schlusse, das Ergebnis der Wahlen werde nach seiner persönlichen Meinung an der jetzigen Stärke der Parteien wenig ändern, und sehr wahrscheinlich werde die jetzige Koalition, vielleicht ohne Kommunisten, weitergeführt werden können.

Sollte die P.N.I. in die Opposition verdrängt und eine Koalition unter Führung der Masjumi zustande kommen, so wäre mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen. Die Regierung beabsichtige, sofort nach den Wahlen das längst erwartete und schon weitgehend vorbereitete Gesetz über ausländische Kapitalinvestierungen in Indonesien dem Parlament zu unterbreiten, das Verhältnis zu Holland "so

oder so" zu bereinigen und sich ganz der riesigen Aufgabe des Staatsaufbaus zu widmen.

Verhältnis zu China *Ein hohe Indonesische Persönlichkeit*

Herr Sunario erklärte mir, er sei über das Entgegenkommen Tschu-En-Lais in den Schlussverhandlungen über das Doppelbürgerschaftsabkommen nicht nur erfreut, sondern geradezu erstaunt gewesen. "Es waren eigentlich schon nicht mehr Chinesen im alten Sinne des Wortes, die vor uns sassen, sondern sehr aufgeschlossene, ganz anders denkende Leute, die absolutes Vertrauen einflössen." Er habe aufgeatmet, als aus chinesischen Kreisen Indonesiens die ersten heftigen Kritiken am Abkommen laut wurden. Hätten die hiesigen Chinesen die Vereinbarung begrüsst, so wäre ihm weniger wohl gewesen dabei... Herr Sunario ist anscheinend felsenfest überzeugt, dass Tschu-En-Lai das Problem der Uebersee-Chinesen in einem der bisherigen Tradition Chinas widersprechenden Sinne lösen wolle und dass er dabei vor allem eine Bereinigung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Auge habe. Würden die hiesigen Chinesen nun mehrheitlich für China optieren, so wäre dies für die indonesische Regierung kein Unglück. Herr Sunario ist überzeugt, es werde der indonesischen Regierung leicht möglich sein, sie als Ausländer zu diskriminieren und so das Problem der Indonesianisierung der Wirtschaft zu lösen. Er glaube an die Aufrichtigkeit Tschu-En-Lais und an seine Versicherung, dass er sich jeder Einmischung in die innern Angelegenheiten Indonesiens enthalten werde.

Auf meine Frage, was aber denn mit den hiesigen Chinesen geschehen würde, die für China optieren, und auf den Einwand, gegebenenfalls könnten daraus doch zwei Millionen Ausländer werden, die nicht ohne weiteres abzuschoben wären, antwortete Herr Sunario nicht direkt. Er beschränkte sich darauf, nochmals zu betonen, die indonesische Regierung

- 6 -

habe grösstes Interesse daran, dass die hier lebenden
Chinesen sich nun endgültig für oder gegen Indonesien ent-
scheiden. /

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung
meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Wuifant